

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 3. Dezember 2019 / Mardi après-midi, 3 décembre 2019

Finanzdirektion / Direction des finances

54 2019.RRGR.60 Motion 042-2019 Köpfli (Bern, glp)

Was bei Doping im Sport gilt, muss auch bei Kartellen in der Wirtschaft gelten: Wer betrügt, gehört bestraft und gesperrt.

54 2019.RRGR.60 Motion 042-2019 Köpfli (Berne, pvl)

Dopage en sport ou cartels en économie : même duperie, même peine !

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das nächste Geschäft, Traktandum 54, ist eine Motion von Grossrat Köpfli: «Was bei Doping im Sport gilt, muss auch bei Kartellen in der Wirtschaft gelten: Wer betrügt, gehört bestraft und gesperrt.» Herr Köpfli ist abwesend. Die Motion wird durch Grossrat von Arx vertreten. Ich muss kurz umschalten. Jetzt ist es gut.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Ich nehme nach Rücksprache mit dem Motionär hier gerne kurz Stellung. Wir sind froh, dass auch der Regierungsrat Handlungsbedarf sieht, und wir sind einverstanden mit seinen Anträgen zu den Ziffern 1 und 2. Hingegen möchten wir bei Ziffer 3 an der Motionsform festhalten. Ziffer 3 verlangt, dass der Regierungsrat eine Rechtsgrundlage schafft, um der Wettbewerbskommission (WEKO) die nötigen Unterlagen für die systematische Analyse von Preisabsprachen zuzustellen, das heisst zum Beispiel die Offertöffnungsprotokolle. Wie wir der Vorstossantwort entnehmen können, ist der Regierungsrat einverstanden, eine solche Rechtsgrundlage zu schaffen. Die WEKO ist auch daran interessiert, und wir verstehen deshalb nicht, weshalb der Regierungsrat diesen Punkt nur als Postulat entgegennehmen möchte. Das einzige Argument des Regierungsrates ist, dass er noch nicht alle Vorarbeiten für eine einheitliche Datenerhebung gemacht hat und dafür noch Zeit braucht. Dafür haben wir vollstes Verständnis, aber es ist natürlich kein stichhaltiger Grund, um diesen Vorstoss nur als Postulat entgegenzunehmen. Falls der Regierungsrat mehr Zeit braucht, kann man ja eine Fristverlängerung beschliessen.

Mit den Datenlieferungen an die WEKO ermöglicht man ein effektives Instrument zur Bekämpfung von Kartellen. Im Jahr 2016 konnte die WEKO mit der Analyse solcher Daten beispielsweise ein Kartell von acht Baufirmen in der Ost- und Innerschweiz aufdecken und eine Busse von 5 Mio. Franken aussprechen. Mit einer Motion geben wir einen verpflichtenden Umsetzungsauftrag, und wir senden ein deutliches Signal aus, dass im Kanton Bern unfaire und wettbewerbsfeindliche Kartelle nicht toleriert und auch mittels statistischer Analysen bekämpft werden. Wir würden uns deshalb freuen, wenn Sie den Punkt 3 als Motion unterstützen könnten, und natürlich die beiden andere Punkte auch, gemäss Regierungsrat.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Vorstossenden sind einverstanden: Annahme von Ziffer 1 als Postulat und Ziffer 2, Annahme und gleichzeitige Abschreibung, Ziffer 3 jedoch als Postulat. Wir kommen zu den Fraktionen. Zuerst, für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Grossrätin Ursula Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Wir sind in diesen Fragen, in diesen Punkten, ganz einig mit dem Motionär. Auch wir haben ja, im Verbund mit vielen anderen Fraktionen, eine Motion (*M 053-2019*) mit Forderungen für eine wirksame Verhinderung von Kartellen eingereicht. Ich glaube sogar, wir haben die Motion gleichzeitig eingereicht wie diese hier. Unsere wurde dann für dringlich erklärt und wurde schon lange behandelt. Diese ist jetzt noch unterwegs, und es sind zum Teil sogar gleiche Forderungen. Lustigerweise ist das jetzt bei der FIN angesiedelt. Unsere Motion war bei der JGK. Aber das macht nichts. Wir können das auch mit der FIN machen.

Eben, noch einmal: Uns ist diese Frage ganz wichtig. Wir wollen Kartelle wirkungsvoll verhindern, mit einer wirkungsvollen Kontrolle, mit klaren Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung, und eben, mit den Punkten, die im ursprünglichen Vorstoss (*M 053-2019*) stehen, und jetzt auch in diesem

hier. Zu den einzelnen Punkten: Punkt 1, Schadenersatz, entspricht Punkt 4 der anderen Motion (M 053-2019). Wir überwiesen das damals als Postulat. Es wurde jetzt vom Motionär, respektive seinem Stellvertreter, ja auch in ein Postulat gewandelt. Wir finden es auch nach wie vor sinnvoll, das als Postulat zu machen. Wir unterstützen das. Wir möchten aber, dass im Zweifelsfall dieser Schadenersatz wirklich eingefordert wird. Wir sehen aber auch ein, dass es wirklich Fälle geben kann, bei denen man es nicht einfach automatisch machen muss.

Dann, Punkt 2, das ist der Ausschluss verurteilter Unternehmen. Das unterstützen wir natürlich auch. Es wird jetzt vom Motionär sogar gesagt, abschreiben. Wir hätten jetzt auch geholfen, nicht abzuschreiben. Es ist so: Es gibt eine gesetzliche Grundlage. Wir denken aber, diese gehe nicht sehr weit; es ist eine Kann-Formulierung. Der Ausschluss dauert auch maximal fünf Jahre. Wir sind der Meinung, das könne man auch noch stärker machen. Wir würden das eher nicht abschreiben.

Dann Punkt 3, dieser ist wirklich ganz wichtig. Das ist eben diese Rechtsgrundlage, damit Geschäftsunterlagen an die WEKO gehen können. Das haben wir bei der anderen Motion (M 053-2019) auch gefordert. Ich habe es damals in ein Postulat gewandelt, damit es sicher durchkommt. Hier ist es uns jetzt ganz wichtig – sonst sind wir nicht weiter als mit der letzten Motion (M 053-2019) –, dass wir jetzt hier wirklich eine Motion durchbringen. Uns ist dieser Punkt wirklich sehr wichtig. Wir helfen hier auch mit, dies als Motion zu überweisen, sodass wir da wirklich einen Schritt weiterkommen. Genau. Also, in dem Sinn: Volle Unterstützung von unserer Fraktion für diese Anliegen.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Kartellabsprachen sind gegenüber solchen Unternehmen, die sich an die Regeln halten, unfair, und sie geben auch ein schlechtes Vorbild ab. Wie bei anderem illegalem Verhalten, soll konsequent dagegen vorgegangen werden. Ich gehe einmal davon aus, dass wir uns hier im Saal in diesem Punkt mehr oder wenig einig sind.

Die EVP ist bei den ersten zwei Punkten auch mit der Regierung einig. Wir haben gehört, dass auch der Motionär damit einverstanden ist. Wir finden es vor allem auch wichtig, dass eben nicht nur Schadenersatzklagen als Option angeschaut werden, sondern dass auch präventive Massnahmen, von denen zwei in der Antwort erwähnt sind, in Betracht gezogen werden. Prävention ist häufig sogar wichtiger, als hinterher, wenn ein Schaden da ist, irgendwie handeln zu wollen. Dazu würde, aus Sicht der EVP, auch Punkt 3 gehören, und wir sehen auch nicht ein, weshalb man diesen nur als Postulat überweisen sollte. Es ist wichtig, dass die WEKO in bestmöglicher Form Unterlagen erhält, welche dazu dienen können, Kartelle aufzudecken. Deshalb unterstützt die EVP den dritten Punkt auch als Motion und bittet Sie, dies ebenso zu tun.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Wie wir der Antwort der Regierung entnehmen können, ist sie selbstverständlich gegen jede Art von Doping – denn wir haben erst einmal nicht begriffen, worum es geht –, nicht nur gegen jede Art von Doping, also Kartellabsprachen, sondern auch für einen freien und fairen Wettbewerb. Alles andere könnte ja schon gar nicht sein. Denn Kartelldiskussionen schwappen ja alle paar Jahre wieder an die Oberfläche, nämlich immer dann, wenn in Branchen oder Firmen Grenzen ausgelotet oder eventuell auch überschritten werden; diesmal vielleicht in der Kiesbranche. Punkt 1 will, dass konsequent auf Schadenersatz zu klagen ist. Die Regierung hält aber in ihrer Antwort klar fest, dass bei zukünftigen Projekten Massnahmen ergriffen werden, damit nicht nur Schadenersatz geltend gemacht werden soll, sondern auch, damit man zweckdienliche Mittel anwendet, wie eben Bankgarantieren. Wir finden diesen Punkt sehr zielführend und können aus eben diesem Grund, wie auch der Motionär, dem als Petition zustimmen. Denn es soll wirklich geprüft werden, welche Massnahmen ergriffen werden können.

In Punkt 2 stimmen wir dem Postulanten zu, bei gleichzeitiger Abschreibung. Denn unserer Ansicht nach ist das erfüllt. Punkt 3: Hier können wir dem Antrag der Regierung auf Annahme als Postulat zustimmen. Denn die Bundesversammlung hat, wie man nachlesen konnte, in der Sommersession 2019 ohne Gegenstimmen das totalrevidierte Bundesgesetz vom 16. Dezember 1994 über das öffentliche Beschaffungswesen BöB (17.019, *Curia Vista*) verabschiedet, und im Moment überarbeitet ja die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) der Kantone die entsprechenden interkantonalen Vereinbarungen über das öffentliche Beschaffungswesen. Dies zur Ratifizierung. Und: Voraussichtlich wird ja hier im Grossen Rat über den Beitritt zu dieser neuen Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) und über die Anpassungen der konträren Gesetzgebungen in der Wintersession 2020 oder Frühlingssession 2021 beraten und auch entschieden. Von daher können wir diesem Punkt, wie die Regierung, mit gutem Gewissen zustimmen. Denn das kann man jetzt einmal locker in der Warteschlange parkieren.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Vorab: Wir sind klar gegen Kartelle und Preisabsprachen. Aber ebenso sind wir gegen Vorverurteilungen. Die Motion zielt auf ein angebliches Kartell in der Berner Kiesbranche ab, und da gibt es ja noch keine rechtsgültige Verurteilung. Ich will die Berner Kiesgeschichte nicht aufwärmen, aber der Kanton hat nie Kies gekauft, sondern immer nur Beton oder Belag. Wir können das Beschaffungswesen weiter verkomplizieren, den Unternehmen noch ein Papier mehr zum Unterschreiben hinlegen. Aber das bringt alles nichts, wenn nicht der Vollzug besser kontrolliert wird. Der Regierungsrat weist in seiner Antwort darauf hin, dass alles dafür getan wird, dass keine Preisabsprache stattfindet. Mit genug krimineller Energie ist es aber immer möglich, sich einen unehrlichen Preisvorteil zu erhaschen. Wir unterstützen den Antrag des Regierungsrates und stimmen den Punkten 1 und 3 als Postulat zu. Den Punkt 2 nehmen wir als Motion an, sind aber auch für die Abschreibung.

Francesco Marco Rappa, Burgdorf (BDP). Ich kann es kurz machen. Der Motionär will Wirtschaftsbetrüger bestrafen und wegsperren. Da geht die Fraktion BDP mit Kollege Köpfli einig. Meine Fraktion geht aber auch mit dem Regierungsrat einig, dass eine Motion nach heutigem Wissensstand nicht mehr nötig ist; sie schiesst über das Ziel hinaus. Der Regierungsrat zeigt in seiner Antwort klar auf, dass er selbstverständlich in das gleiche Horn bläst und die richtigerweise kritisierten Massnahmen nicht toleriert. Er hat, unserer Ansicht nach, die richtigen Massnahmen eingeleitet oder bereits teilweise umgesetzt. Die Fraktion BDP wird den Punkt 1 als Postulat annehmen, den Punkt 2 als Motion annehmen und abschreiben, den Punkt 3 jedoch nicht als Motion annehmen, also ablehnen.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP). Die SVP-Fraktion teilt die Meinung der Regierung und stimmt bei den Punkten wie die Regierung. Thomas Gerber hat es vorhin auf den Punkt gebracht. Er hat es genau so ausgeführt, wie es ist. Man verurteilt etwas, das noch gar nicht rechtskräftig vollzogen ist. Wir wissen noch gar nicht, wie es ist. Und schlussendlich ist es ja immer noch der Kanton, der diese Aufträge vergibt. Ich bin einfach der Meinung, dass wenn man Aufträge vergibt, wenn man Beton einbauen will, es dann verschiedene Bestandteile braucht, und diese Bestandteile haben ihren Wert. Dass die in etwa am selben Ort sind, sieht man auch. Dass sie nicht ganz genau gleich sind, das ist klar. Aber schlussendlich ist in der Branche eben doch die Meinung da, dass wenn der Kanton baut, es einmal eine Offerte gibt und dann abgedrückt wird, wie man so schön sagt. Dann wird der Auftrag vergeben. Vielleicht wäre dort manchmal auch noch etwas rauszuholen. Als Privater schaut man ja die eine oder andere Offerte noch einmal an, hinterfragt und macht noch Angebotsrunden. Ich weiss, es ist gemäss Beschaffungswesen des Kantons nicht vorgesehen. Aber auch dort wäre manchmal etwas zu holen.

Die Punkte, die hier gefordert sind: Wir sind alle für legale Dinge. Wir verurteilen alle, wenn etwas illegal geschieht, sei es Doping, oder seien es Kartellabsprachen. Da sind wir alle derselben Meinung. Aber schauen Sie, es ist schon viel geschehen. Ich sage – Mitholzunnel. Dieser ist zusammengebrochen, weil zu viel Material oben drauf geworfen wurde. Auch dort fanden wir niemanden, der die Verantwortung übernahm. Es war wieder die öffentliche Hand, die dort helfen musste, mitzutragen, was geschehen war. Man kann auch nicht immer Leute zur Verantwortung ziehen, die nur einen ganz kleinen Bestandteil, und das vielleicht nach bestem Wissen und Gewissen, gemacht haben. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Regierung in der Antwort alles gesagt hat und wir diese Punkte so, wie sie die Regierung beantragt, überweisen können und wir so, denke ich, das richtige Zeichen gegen aussen setzen.

Johann Ulrich Grädel, Schwarzenbach BE / Huttwil (EDU). Kartellabsprachen sind nicht gut, das ist klar. Deshalb, Punkt 1: Konsequent auf Schadenersatz zu klagen, auch wenn man keine Aussicht auf Erfolg hat, ist für uns von der EDU nicht sinnvoll. Deshalb: Nur Annahme als Postulat. Punkt 2: Jemanden auf Lebzeiten zu sperren, ist eventuell auch nicht in Ordnung. Deshalb: Annahme und gleichzeitig Abschreibung. Punkt 3: Die Regierung ist einverstanden und will zusammen mit der WEKO schauen. Deshalb stimmen wir von der EDU dem als Motion zu.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Vor der Regierung, noch einmal der Vertreter des Motionärs, Grossrat von Arx.

Casimir von Arx, Köniz (glp). Ich nehme zur Kenntnis, dass hier im Saal alle, ohne Ausnahme, gegen Kartelle sind, aber eine Mehrheit doch nicht ein deutliches Zeichen setzen möchte in Hinblick

auf die statistischen Analysen. Ich wandle deshalb den Punkt 3 in ein Postulat, entsprechend dem Antrag des Regierungsrates.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das Wort geht an die Regierung. Bitte, Frau Simon.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, wettbewerbsschädigende Verhaltensweisen von Privatunternehmungen, wenn möglich, frühzeitig erkennen zu können und diese dann auch entsprechend zu unterbinden. Das ist vor allem dann wichtig, wenn sich solches Verhalten zum Nachteil der kantonalen Beschaffungsstellen, und somit auch zum Nachteil der Steuerzahlenden, auswirkt. Deshalb stehen wir grundsätzlich hinter dem Anliegen dieser Motion. Zu den Punkten 1 und 2 wurde eigentlich alles gesagt. Ich möchte vielleicht einfach noch sagen, weshalb wir beantragt haben, den Punkt 3 als Postulat zu genehmigen. Ich habe es ja eigentlich schon in der Antwort festgehalten. Wir sind in Verhandlungen mit der WEKO. Wir müssen aber Lösungen finden, und diese Lösungen liegen nicht gerade auf der Hand. Deshalb: Wenn man eine Motion annimmt, ist man gefordert, angehalten, das nachher innerhalb von zwei Jahren realisieren zu können. Da haben wir den Eindruck, es sei nicht sicher, dass wir das können. Deshalb haben wir beantragt, ein Postulat zu genehmigen. Jetzt wurde dieser Punkt ja gewandelt. Wir haben also keine Differenz mehr, und ich danke Ihnen, dass Sie diesen Vorstoss im Sinn der Regierung annehmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Wir machen das punktweise, auch bei Punkt 2. Ich habe in den Voten der Fraktionssprechenden gehört, dass nicht alle die Abschreibung unterstützen wollen. Deshalb werden wir zuerst über den Punkt befinden und dann noch separat über die Abschreibung.

Ziffer 1: Wer diese als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.60; Ziff. 1 als Postulat)
Vote 2019.RRGR.60 ; ch. 1 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	140
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben diesen Punkt einstimmig angenommen, mit 140 Ja-Stimmen.

Punkt 2: Wer diesen Punkt als Motion annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.60; Ziff. 2)
Vote (2019.RRGR.60 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	139
Nein / Non	1
Enthalten / Abstentions	0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 2 als Motion angenommen, mit 139 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen.

Wir befinden uns über die Abschreibung. Wer diesen Punkt abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.60; Ziff. 2; Abschreibung)
Vote (2019.RRGR.60 ; ch. 2 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 108

Nein / Non 32

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben der Abschreibung zugestimmt, mit 108 Ja- gegen 32 Nein-Stimmen.

Punkt 3: Wer diesen als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.60; Ziff. 3 als Postulat)
Vote 2019.RRGR.60 ; ch. 3 sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 140

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben den Punkt 3 angenommen, mit 140 Ja-Stimmen einstimmig.